



öffentlich



nichtöffentl.

Datum

Drucksachen-Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12.10.2022

104/2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsergebnis				Bemerkungen
		Ein	Für	Geg	Ent	
Stadtrat	02.11.2022					

Betreff:

Die Energiekrise ernst nehmen - und umgehend handeln

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Für das Kernteam zur fachübergreifenden Beratung bei Antragstellung auskömmlich Personal zur Verfügung zu stellen, welches bei Bedarf aufgestockt werden muss um die Bearbeitungszeit von 4 Wochen einzuhalten.
2. alle Möglichkeiten der Information zu Beratungsangeboten für die Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt Gera zu nutzen. Dies schließt klassische und neue Medien gleichermaßen ein.
3. dem Stadtrat umgehend eine Übersicht darüber vorzulegen, welche konkreten Energiesparmaßnahmen durch die Stadt Gera bzw. deren Unternehmen bereits umgesetzt wurden bzw. welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig vorgesehen sind?
4. folgende Prüfaufträge auszulösen:
 - 4.1. Welche Einsparpotentiale bietet die komplette Umstellung aller öffentlichen Beleuchtungspunkte (inklusive aller städtischen Einrichtungen) auf LED? Bis wann kann eine solche Umstellung erfolgen?
 - 4.2. Welche Flexibilität bietet der Vertrag der Stadt Gera mit Veolia um in der Straßenbeleuchtung Veränderungen vorzunehmen?Der Stadtrat ist spätestens bis zur Sitzung am 7.12.2022 über die Prüfergebnisse in Kenntnis zu setzen.

Andreas Schubert
Fraktion DIE LINKE

Sachdarstellung:

1. Problem und Regelungsbedürfnis:

Alle Haushalte in unserer Stadt, ob Privatpersonen, öffentliche Einrichtungen, Firmen, sind von den drastischen Erhöhungen der Energie- und Heizungskosten betroffen. Viele Betroffene befürchten, dass sie nicht in der Lage sein werden, diese Kostensteigerungen finanziell meistern zu können. Die Verunsicherung sowie der Beratungs- und Informationsbedarf sind groß. In einer solchen Situation ist es geboten, dass der Stadtrat Lösungsansätze entwickelt, wie und in welcher Form auch durch die Stadt Unterstützung angeboten werden kann.

Unbedingt notwendig ist eine zügige und zeitnahe Information der Bürgerinnen und Bürger zu den möglichen Maßnahmen und eventuell möglichen Unterstützungsleistungen, deren Bearbeitung nicht durch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Personen begrenzt sein darf.

2. Lösung:

Es ist daher notwendig, als Stadt alles zu tun, damit Menschen, die Hilfe benötigen, diese durch eine schnelle Bearbeitung mit ausreichend Personal innerhalb der dafür zuständigen Bereiche auch erhalten.

Um betroffene Menschen über ihre Rechte aufzuklären, sind alle Informationsmöglichkeiten, einschließlich der Qualifizierung des städtischen Internetauftritts, zu nutzen.

Einsparmöglichkeiten gibt es auch für den städtischen Haushalt. Die bereits umgesetzten Möglichkeiten zur Energieeinsparung sind ebenso wie die vorgesehenen zusammenfassend darzustellen.

3. Alternativen:

Es erfolgt keine Beschlussfassung, wodurch die Verantwortung des Stadtrates und der Stadt gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht wahrgenommen wird.

4. Wirtschaftlichkeit:

4.1 Finanzielle einschließlich personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Die Belastung des städtischen Haushaltes durch die Energiekrise durch Mehrausgaben für Energie wird den kommunalen Handlungsspielraum der Stadt generell einschränken.

4.2 Auswirkungen auf das Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2023 der Stadt Gera und dessen Fortschreibungen:

Ja
nein

5. Nachhaltigkeit (u. a. in Bezug auf den Beschluss des Stadtrates Drucksachen-Nr. 38/2016 vom 15. September 2016 (Klimaschutz), Zukunftsrelevanz):

Die eingeschränkte finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Gera hat in der Vergangenheit immer wieder zu kommunalpolitischen Entscheidungen geführt, die grundlegende Aspekte eines nachhaltigen Umgangs mit kommunalem Eigentum unberücksichtigt gelassen hat.

Trotzdem muss, in Anbetracht der wohl länger anhaltenden Energiekrise, jede Möglichkeit genutzt werden, um schrittweise die städtische Infrastruktur (Gebäude, Straßenbeleuchtungen u.a.) energieeinsparend umzurüsten.

6. Zuständiges Beschlussgremium:

Stadtrat